



27.09.2022

Bauernverband, Bürgerinitiative und Kommune wehren sich gegen Ersatzneubau der Juraleitung und neues Umspannwerk Ludersheim

Bauernverband Mittelfranken diskutiert mit allen Beteiligten

Ludersheim (bbv) – Der Bayerische Bauernverband (BBV) Mittelfranken hat kürzlich zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit betroffenen Landwirten, Vertretern der Bürgerinitiative Ludersheim vom Aktionsbündnis Trassengeegner und Vertretern der Stadt Altdorf eingeladen. Über die Position des Bauernverbandes gegenüber des Planungsverfahrens hat Luisa Zwölfer, BBV Hauptgeschäftsstelle Mittelfranken, referiert. Die rechtlichen Belange wurden von Herrn Rechtsanwalt Jürgen Kraft, Fachanwalt für Agrarrecht, Ansbach, näher beleuchtet.

Der geplante Ersatzneubau der Juraleitung, mit Aufrüstung von 220 kV auf 380 kV, sorgt vor allem bei den möglicherweise betroffenen Grundstücksbesitzern, Flächenbewirtschaftern, sowie bei Anwohnern für große Bedenken, Sorgen und Diskussionen. Alle Beteiligten sind sich einig, dass das geplante Vorhaben abzulehnen ist.

Bauernverband, Bürgerinitiative und die Stadt Altdorf arbeiten in diesem Planungsverfahren zusammen und fordern stattdessen den Ausbau der regionalen und dezentralen Energieerzeugung über erneuerbare Energien. Hierfür ist dringend der Ausbau der Verteilnetze notwendig. Die Juraleitung gehört zum Übertragungsnetz und sollte vielmehr auf der aktuellen Spannungsebene weiterhin gepflegt werden. „So würde auch kein neuer immenser Flächenverbrauch durch ein zweites Umspannwerk in Ludersheim entstehen“, betont Günther Felßner, BBV Bezirkspräsident Mittelfranken und Kreisobmann. „Der Ersatzneubau der Juraleitung mit Aufrüstung auf 380 kV würde die Energiewende mit Ausbau der Erneuerbaren Energien auf lange Sicht hemmen oder sogar stoppen“.

Für die Landwirte ist der Grund und Boden mit der wichtigste Produktionsfaktor, der in Bayern durch diverse Infrastrukturprojekte, Gewerbegebietsausweisungen und weitere Maßnahmen tagtäglich in Gefahr ist. „Der Flächenverbrauch, der mit der Planung einher geht, ist kaum abschätzbar. Für neue Strommasten, Kabelübergangsanlagen und Umspannwerke, sowie entsprechende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, würde der Landwirtschaft erneut Fläche entzogen werden“, so Luisa Zwölfer. Gerade im Hinblick auf die derzeitige globale Situation werden landwirtschaftliche Flächen für die Lebensmittelproduktion, sowie erneuerbare Energien, die regional erzeugt werden, wichtiger denn je.

„Der BBV spricht sich seit Jahren gegen überdimensionierte Planungen mit unnötigem Flächenverbrauch aus. Diese Vorhaben richten sich schlussendlich gegen Landwirtschaft, Natur und Landschaft, sowie auch gegen den Menschen“, verdeutlicht Felßner.

Rechtsanwalt Kraft ruft Grundstückseigentümer und Landwirtschaftsfamilien daher auf, nicht voreilig Flächen für das Projekt bereitzustellen oder vorschnelle Unterschriften für Grunderwerb, Dienstbarkeiten oder sonstige Bauerlaubnisse zu leisten. So könnten dauerhaft Tatsachen geschaffen werden, die die berechtigten Anliegen der Landwirte unterlaufen.

Der BBV unterstützt und berät seine Mitglieder in dieser Sache und gibt fachliche, sowie rechtliche Hilfestellung und Handlungsempfehlungen.